

Bericht der SPD-Fraktion im Regionalverband Saarbrücken zum Kreisparteitag des SPD-Kreisverbandes Saarbrücken-Stadt am Montag, den 28.09.2020

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zum Kreisparteitag der SPD Saarbrücken-Stadt berichtet euch die SPD-Fraktion aus dem Regionalverband schriftlich folgende Schwerpunkte aus der politischen Arbeit des vergangenen Jahres:

1. Politische Konstellation seit 2014 / aktuelle Entwicklungen

a. Ergebnis der Kommunalwahl zur Regionalversammlung aus dem Jahr 2019:

CDU: 28,09%	SPD: 29,73%	Die Linke: 9,22%
Die Grünen: 15,20%	AfD: 8,42%	FDP: 4,74%
Piraten: 1,92%	NPD: 0,62%	ÖDP: 1,16 %
SfA: 0,91%		

b. Sitzverteilung (insgesamt 45 Sitze):

Aktuelle Sitzverteilung: CDU: 14; SPD: 14; Die Linke: 4; Die Grünen: 7; AfD: 4; FDP: 2;

c. Sitzverteilung zwischen den Kreisverbänden Saarbrücken-Stadt und Saarbrücken-Land:

Saarbrücken-Stadt: 7 Mandate Saarbrücken-Land: 7 Mandate

d. Fraktionsvorstand:

Fraktionsvorsitzender:	Volker Schmidt
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender:	David Pasternak
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender:	Dr. Stefan Schmidt
Beisitzer/innen:	Anita Morschette-Sarg
	Isabell Berens-Fries
	Anja Klein

Weitere Fraktionsmitglieder sind:

Gabriele Gandner, Norbert Degen, Petra Hilgers, Gisbert Oberkirch, Susanne Wiesen, Manfred Boussonville, Rosemarie Moog, Günther Hütter

d. Die wilde Ehe:

SPD und CDU haben, wie in der letzten Kommunalwahlperiode, erneut eine strukturelle Zusammenarbeit auf Augenhöhe vereinbart. Die Zusammenarbeit funktioniert, wie bereits in der letzten Legislaturperiode, bislang gut und reibungslos.

e. Vertretung der SPD-Fraktion in Gremien:

- Ehrenamtliche Beigeordnete:
 2. Beigeordnete: Norbert Degen
 3. Beigeordneter: Anita Morschette Sarg
- Mitglied im Vorstand des Landkreistages: Volker Schmidt

Darüber hinaus vertreten Mitglieder der Fraktion die Interessen des Regionalverbandes im Verwaltungsrat der Sparkasse, in den Aufsichtsräten der SHG, in der Zweckverbandversammlung Historisches Museum Saar, im Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest, im Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Saar sowie in der Trägerversammlung Jobcenter im Regionalverband Saarbrücken.

2. Haushaltseckdaten und politische Schwerpunkte zum Regionalverband Saarbrücken:

Haushalt:

- Aufwandsvolumen 2019: 501,3 Mio. Euro, 2020: 520,8 Mio. Euro, 2021: 556,3 Mio. Euro
- Umlage 2019: 245,4 Mio. Euro, 2020: 259,5 Mio. Euro, 2021: 239,4 Mio. Euro
- nach Abzug aller Einnahmen und Zuweisungen von Bund und Land

*Anmerkungen zum Bereich **Jugendamt:***

Der Jugendhilfehaushalt hat im Jahr 2021 voraussichtlich einen Umfang von rd. 148,8 Millionen Euro. Gegenüber den Vorjahren ist dies ein eher moderater Anstieg (2020: 142 Millionen Euro).

Die Steigerungen im Haushalt ergeben sich durch wichtige politische Weichenstellungen, v.a. im Bereich der Kindertageseinrichtungen und des gesetzlichen Auftrages gegenüber den Jüngsten und ihren Eltern in unserer Gesellschaft:

- Die Übernahme der Elternbeiträge in Krippe, Kindergarten und Hort,
- Die mit dem Ausbau an Platzkapazitäten einhergehenden Personalkostenanteile, die der Regionalverband Saarbrücken gemäß gesetzlichem Auftrag übernimmt,
- Das zu zahlende Pflegegeld an die zunehmende Anzahl der Tagespflegepersonen und
- Tarifliche Steigerungen.

Gegenüber den Vorjahren verändert sich das Bild im Haushalt: nicht die steigende Anzahl an Jugendhilfemaßnahmen und Unterbringungen für Kinder und Jugendliche, die Unterstützung brauchen, prägt das Bild. Es sind vor allem weitere Kindertagesbetreuungsplätze, die sich haushalterisch auswirken. Gut, denn: wie wir wissen, bringt jeder in Bildung investierte Euro einen erheblichen Mehrwert (DIW: 1:7) in die Gesellschaft zurück. Frühe Bildung zahlt sich im wahrsten Sinne aus.

Die Abschottungspolitik der Europäischen Union und das Ignorieren der Zustände wie in Moria durch die meisten Mitgliedsstaaten (zum Glück hat die Bundesregierung aufgrund der humanitären Notstände in Moria mit einer Aufnahme reagiert und die SPD sich für massive Erhöhungen des Kontingents engagiert) sorgen dafür, dass die Geflüchtetenzahlen und -unterbringungen von Kindern und Jugendlichen im Regelangebot der Jugendhilfemaßnahmen keine große Bedeutung einnehmen.

Für die Gemeinwesenarbeit plant der Jugendhilfehaushalt mit einer konformen Ausschreibung der Projekte in den Stadtteilen von fünf Jahren. Das ist gut für die Mitarbeiter*innen und die Kontinuität der Gemeinwesenarbeit vor Ort - konnte zuletzt aufgrund verschiedener Fragestellungen nur eine zweijährige Finanzierung zustande kommen.

In der Schulsozialarbeit ist der Landespolitik in Zusammenarbeit mit den Kreisen ein großer Wurf gelungen: die Schulsozialarbeit ist nun nicht nur personell wesentlich stärker aufgestellt als in den Vorjahren – die Finanzierungsanteile des Landes sind spürbar angewachsen und die organisatorische Zuständigkeit liegt nicht mehr in zwei Ministerien sondern nur noch im Bildungs- und Kulturministerium. Wie die Finanzierung und Konzeption der Schulsozialarbeit an den Berufsbildungszentren aussieht, ist mit dem Ablauf der EU-Finanzierungstöpfe und -bedingungen noch zu prüfen und politisch zu diskutieren sowie zu entscheiden. Die Lösung zu den allgemeinbildenden Schulen lässt Gutes erhoffen.

Anmerkungen zum Bereich **Soziales**

Allgemein

Der Haushaltsansatz des FD 50 – Soziales steigt 2021 gegenüber 2020 um knapp 3,1 Mio. € auf netto 55.907.500 €. Dies entspricht einem Plus von 5,87 Prozent. Hierbei steigen die Aufwendungen von 103,55 Mio. € auf 109,22 Mio. €. Die Erträge steigen von 50,75 Mio. € auf 53,31 Mio. €. Hauptsächlich für den Kostenanstieg ist der Bereich stationäre Hilfen zur Pflege.

Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)

Hintergrund

HLU werden dann gezahlt, wenn eine Person noch nicht im Renteneintrittsalter ist bzw. noch nicht auf Dauer erwerbsunfähig ist. Ausschlaggebend für die Einstufung der Erwerbsunfähigkeit ist das Gutachten des Rententrägers, welches für den FD 50 bindende Wirkung hat

Fallzahlentwicklung

Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19	Jan 20	Feb 20	Mrz 20	Apr 20	Mai 20	Jun 20	Jul 20
393	379	363	350	348	397	388	383	392	398	384	376	380

Auf recht konstantem Niveau. Der Sprung von November 2019 auf Dezember 2019 ist durch den Übergang der BTHG-Fälle vom Landesamt für Soziales zu erklären.

Kostenentwicklung (Zuschussbedarf, also Aufwendungen abzüglich Erträge)

Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
4.464.084	5.001.000	4.704.000

Beim Übergang der BTHG-Fälle vom Landesamt für Soziales an den FD 50 wurden seitens des Landesamtes deutlich höhere Fallzahlen für den HLU-Bereich gemeldet als es tatsächlich waren. Daher war der Ansatz für das KJ 2020 zu hoch geplant und konnte für 2021 wieder reduziert werden. Das voraussichtliche Ist-Ergebnis wird 2020 bei rund 4,5 Mio. € liegen.

Kostensteigerungen in diesem Bereich sind v. a. durch eine Erhöhung des Regelsatzes und steigende Mieten zu erklären.

Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen

Hintergrund

Grundsicherung erhalten Personen, die sich im Rentenalter befinden bzw. durch das Gutachten des Rententrägers als Erwerbsunfähig auf Dauer eingestuft wurden.

Fallzahlentwicklung

Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19	Jan 20	Feb 20	Mrz 20	Apr 20	Mai 20	Jun 20	Jul 20
6082	6011	6034	6046	6040	6519	6586	6502	6662	6712	6737	6626	6613

Der Bereich Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ist eine seit Jahren wachsende Leistungsart. Im Schnitt rechnen wir hier mit einer Nettoerhöhung der Fallzahlen von 13 Personen je Monat. Die Zahlen sind im Regelfall Mitte des Jahres rückläufig,

wenn die Rente erhöht wird, wobei von diesen Personen ein Großteil leistungsberechtigt nach dem Wohngeldgesetz wird.

Die Fallzahlerhöhung von November 19 auf Dezember 19 ist auf die Übernahme der BTHG-Fälle vom Landesamt für Soziales zurückzuführen.

Kostenentwicklung (hier nur die Aufwendungen, da diese gänzlich vom Bund übernommen werden)

Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
40.738.457	44.834.500	49.631.500

Während im Bereich HLU seitens des Landesamtes zu hohe Fallzahlen gemeldet wurden, waren die Fallzahlen für den Bereich der Grundsicherung deutlich zu niedrig. Das Ist-Ergebnis 2020 wird schätzungsweise bei rund 46,8 Mio. € liegen.

Die Kosten werden gänzlich durch den Bund getragen. Der Regionalverband trägt hier jedoch die Personal- und Sachkosten.

Stationär Hilfen zur Pflege

Hintergrund

Stationäre Hilfen zur Pflege erhalten Personen, die sich in einer stationären Pflegeeinrichtung aufhalten, mindestens der Pflegegrad 2 erhalten und deren Einkünfte (Rente, Unterhalt, etc) nicht zur Deckung der Kosten der Heimunterbringung ausreichend sind.

Fallzahlentwicklung

Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19	Jan 20	Feb 20	Mrz 20	Apr 20	Mai 20	Jun 20	Jul 20
1534	1532	1542	1530	1529	1540	1533	1564	1541	1522	1538	1524	1548

Im Bereich Hilfen zur Pflege (stationär) sind die Fallzahlen verhältnismäßig konstant. Dies ist u. a. auch auf den Auslastungsgrad der Pflegeheime zurückzuführen. In diesem Bereich ist maßgeblicher Kostentreiber der Kostenanstieg je Einzelfall. Als Beispiel sei hier eine stationäre Unterbringung einer Person mit Pflegegrad 2 genannt. Ein solcher Fall kostete 2017 durchschnittlich 964 € je Monat. Aktuell liegen wir hier bei durchschnittlich 1.279 € je Monat.

Kostenentwicklung (Zuschussbedarf, also Aufwendungen abzüglich Erträge)

Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
26.098.328	30.057.500	34.494.500

Die stationären Hilfen zur Pflege sind Hauptkostentreiber im Bereich des FD 50. Im KJ 2020 wird das Budget von rund 30 Mio. € wohl ausgeschöpft werden.

Asylbewerberleistungsgesetz

Hintergrund

Personen, bei denen die Prüfung des Flüchtlingsstatus noch nicht abgeschlossen ist bzw. die keine Anerkennung als Flüchtling erhalten jedoch geduldet werden, erhalten ihren Lebensunterhalt über den FD 50 gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Fallzahlentwicklung

Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19	Jan 20	Feb 20	Mrz 20	Apr 20	Mai 20	Jun 20	Jul 20
259	260	248	219	217	223	211	215	258	264	278	290	312

In der Vergangenheit recht konstante Fallzahlen. Durch die kurzfristige Unterbringung vulnerabler Personen aus Lebach kam es seit April 2020 immer wieder zu neuen Überstellungen an die Kommunen.

Kostenentwicklung (Zuschussbedarf, also Aufwendungen abzüglich Erträge)

Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
-1.186.930	2.099.000	2.058.000

Das negative Ergebnis im KJ 2019 erklärt sich durch langwierige Kostenabrechnung mit dem Innenministerium im Zuge des starken Zugangs von Flüchtlingen aus den Vorjahren. Auch 2020 wurden hier noch finale Abrechnungen durchgeführt. Das voraussichtliche Ist-Ergebnis 2020 wird bei rund 1,8 Mio. € liegen. Die Kostensteigerung ist auch hier primär auf eine zu erwartende Erhöhung der Leistungssätze und Mietkosten zurückzuführen.

Anmerkungen zum Bereich Jobcenter

Anmerkungen zum Bereich Jobcenter: Für das Haushaltsjahr 2021 beträgt der Haushaltsansatz des Regionalverbandes für die Durchführung der gesetzlichen Aufgaben im Jobcenter sowie die anteilige Belastung bei den Personal- und Sachausgaben unter Berücksichtigung der Erträge insgesamt rund 50,6 Millionen Euro, das sind 19,5 Millionen Euro weniger als 2020. Die Verringerung kommt v.a. durch die erhöhte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung zustande. Die Gesamtbundesbeteiligung steigt für 2021 auf 74,9% (inkl. der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Flüchtlinge, sowie der Bundesbeteiligung am Bildungs- und Teilhabepaket). Die momentane Gesamtbundesbeteiligung liegt bei 51,4% . Bei den Bedarfsgemeinschaften prognostizieren wir eine Steigerung von 9,73%. Diese Steigerung, sowie die Kostensteigerung i.H.v. 1% ist der Grund für den steigenden Aufwand bei den Kosten der Unterkunft und Heizung sowie den einmaligen Leistungen. Das Jobcenter erbringt Leistungen für Unterkunft, Leistungen zur Erstausrüstung für den Bezug einer Wohnung, die Erstausrüstung für Bekleidung in Sonderfällen und Erstausrüstung bei Schwangerschaft und Geburt sowie Leistungen im Rahmen des Bildungspakets im Rahmen des Sozialgesetzbuches. Darüber hinaus berät und unterstützt das Jobcenter Menschen in Notsituationen durch Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung.

*Anmerkungen zum Bereich **Regionalentwicklung und Planung:***

Der Regionalverband und seine zehn Städte und Gemeinden sind nicht nur der wirtschaftliche Ballungsraum des Saarlandes, er ist auch Lebensraum für etwa ein Drittel aller Saarländerinnen und Saarländer. Unter diesen Rahmenbedingungen, eng verknüpft mit dem täglichen Transfer vieler Berufspendler in das Gebiet des Regionalverbandes nicht nur aus dem Umland, sondern vor allem auch aus dem benachbarten Ausland, ergeben sich spannende Aufgabenfelder für den Bereich Regionalentwicklung und Planung. Mit einem vergleichsweise kleinen Budget von ca. 3 Millionen Euro werden planerische Eckpfeiler aufgestellt, um die Regionalentwicklung voranzutreiben. Ergänzend dazu werden, wo immer möglich, auch Fördermittel von Land, Bund und EU beantragt und genutzt.

Im Planungsbereich gehört die vorbereitende Flächennutzungs- und Landschaftsplanung bereits seit 1974 zu den regelmäßig und in Verbindung mit dem Kooperationsrat wahrzunehmenden Aufgaben. Aktuelle und auch in der Presse durchaus kontrovers diskutierte Verfahren sind z.B. der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Krughütter Straße“ in Saarbrücken-Gersweiler, mit dem die Landeshauptstadt das Ziel verfolgt, der Fa. Woll Maschinenbau eine Betriebserweiterung zu ermöglichen. Etwas ruhiger geworden, aber nicht weniger brisant, ist es beim Thema Standortausweisung von Windkraftanlagen auf Flächen des Regionalverbandes oder Flächen an der Grenze des Regionalverbandes. Auch die Standortkonzepte für ehemalige Bergbauflächen bleiben weiterhin auf der Tagesordnung, aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten sind die Projekte aber weitgehend eher in die ferne Zukunft gerichtet.

Im „Regionalen Monitoring“ werden statistische Planungsdaten aufbereitet, die für unsere kommunalen Verwaltungen und die Politik und teilweise auch für jeden Bürger im Internet abrufbar sind. Das statistisch aufbereitete Datenmaterial kann für Projektionen in vielen Bereichen genutzt werden, so etwa für die Bereiche Demografischer Wandel, Schulentwicklungsplanung, aber auch sich verändernde Kaufkraftströme und damit korrespondierende Leerstandentwicklung im Bereich der lokalen Wirtschaft und im Wohnungsmarkt. Mit einer Untersuchung über potentiell geeignete Gewerbeflächen sowie einer Zentren- und Einzelhandelsuntersuchung hat der Regionalverband wichtige Basisdaten für weitere gewerbliche Nutzungen sowie die weitere Entwicklung des Einzelhandels in den Städten und Gemeinden erstellt.

Durch die Gründung des Wirtschaftsentwicklungsvereins „Wirtschaftsregion Saarbrücken e.V.“ kann der RV Saarbrücken im direkten Dialog mit regional ansässigen Unternehmen eine wichtige Mittlerrolle im Bereich der öffentlichen Wirtschaftsförderung einnehmen. Gerade in Zeiten der Corona-Krise konnten Erwartungshaltungen der Unternehmer an die Wirtschaftsförderung abgefragt und Maßnahmen abgeleitet werden, um die Unternehmen erfolgreich durch die Krise zu begleiten.

Im Bereich Landschaftsplanung und Kulturlandschaftsentwicklung fördert und berät der Regionalverband im Bereich Gartenbau und Landwirtschaft, unterstützt wird z.B. auch die Kultivierung von Streuobstwiesen. Angesiedelt ist hier auch die Mitarbeit bei den Projekten zur Hochwasservorsorge. Die Weiterentwicklung der „Servicestelle Dorf“ mit dem Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, Dörferthemenabende, Dorfgespräche, Dörfernnetzwerktreffen usw. sind wichtige Bausteine für das Gelingen einer guten Dorfkultur und einer insgesamt guten regionalen Entwicklung.

Die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für den Regionalverband ist abgeschlossen, die entsprechenden Teilkonzepte sind in der Umsetzung. Bedingt durch die 2020 in den Haushalt eingestellten Finanzmittel für einen Klimaschutzmanager wird die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes erneut eine Effizienzsteigerung erfahren. Die Planung sieht aktuell eine Evaluierung und ggf. Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes vor – in der Folge können erneut Fördergelder für Klimaschutzmaßnahmen beantragt werden.

Der Tourismus entwickelt sich auch im Saarland und somit auch in unserer Region zu einem immer stärkeren Wirtschaftsfaktor. Dies belegen deutliche Zuwächse bei den Gästeankünften und Übernachtungen, aber auch ein generell sich veränderndes Urlaubsverhalten der in Deutschland im Schnitt immer älter werdenden Bevölkerung. Mit der gemeinsamen Tourismusstrategie 2025 von Regionalverband und LHS Saarbrücken wurden gewissermaßen die Hausaufgaben gemacht. Die Corona-Pandemie hat jedoch nahezu alle Planungen dazu zunächst zunichte gemacht. Der Tourismus ist in der ersten Phase völlig zusammengebrochen und wird sich noch lange nicht wieder erholen. Trotzdem wird derzeit versucht, durch eine Veränderung der Prioritäten und einer entsprechenden Anpassung bei der Schwerpunktsetzung, mehr regionale Freizeit- und Tourismusangebote für den „Urlaub daheim“ zu bewerben. Beworben werden die Themen und Zielgruppen: Genuss, Natur, Aktiv, Kultur, Familien und schrittweise wieder die Nähe zu Frankreich. Das Wirtschaftsministerium hat vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die Förderquote in den bestehenden Tourismusförderprogrammen bis Ende 2023 auf 95% Fördersatz angehoben. Damit will das Land dabei unterstützen, geplante Tourismusprojekte anzugehen und nicht aufzuschieben.

Der Eurodistrict SaarMoselle, dessen Kooperationsbüro bei der Regionalentwicklung angesiedelt ist, war von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Fast alle laufenden „normalen“ Projekte waren von der Krise betroffen. Allerdings übernahm der Eurodistrict in der Krise neue Aufgaben, mit denen er seine Bedeutung erneut unter Beweis stellte. Er war Informationsplattform zwischen den kommunalen Institutionen beidseits der

Grenze, er übernahm vermittelnde und beratende Funktion gerade auch in der Phase der Grenzschießung und war auch beratend in alle Krisenstäbe eingebunden. Erfahrungen aus diesen Aktivitäten sollen in neue Themenfelder für den Eurodistrict münden, so z.B. Kooperation im Gesundheitsbereich, grenzüberschreitendes Netzwerk für Krisensituationen, grenzüberschreitende Wirtschaftsförderung.

*Anmerkungen zum Bereich **Gesundheit:***

In der zweiten Jahreshälfte 2019 haben sich die Regionalversammlung und ihre Ausschüsse nach der Kommunalwahl zunächst konstituiert. Ihre erste Aufgabe war danach die Erstellung des Haushaltes für 2020 bis zum Jahresende.

Das Gesundheitsamt erfüllt nach wie vor seine gesetzlich vorgegebenen Aufgaben mit hohem Engagement fachlich fundiert. Da im letzten Bericht schon sehr ausführlich der Aufgabenkatalog aufgeführt wurde, verweise ich auf diesen und werde hier nur einige wichtige Aspekte aufgreifen.

Der Haushalt 2020 ist mit rd. 9 Mill € veranschlagt. Damit ist er nur ein geringer Teil des Gesamthaushaltes des Regionalverbandes. Und trotzdem werden damit wichtige und zukunftsweisende Aufgaben bestritten.

Wie in den Jahren zuvor, ist auch im letzten Jahr in den Bereichen „Psychosoziale Betreuung“, „Betreuungsbehörde“ und „Frühe Hilfen“ die Nachfrage und damit das Arbeitsvolumen beständig gestiegen. Auch die Aufgabenstellungen des Prostituierten Schutzgesetzes, die der Regionalverband für das Land ausführt, führen zu neuen Anforderungen.

So wurden im Bereich des **Prostituiertenschutzes** in 2019 1056 Gesundheitsberatungen und über 425 Sozialberatungen durchgeführt. In 2020 waren es bis zu Corona schon 388 Gesundheitsberatungen und über 260 Sozialberatungen.

Die „**Frühen Hilfen**“ wurden mit dem Land, dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt entwickelt und umgesetzt. Sie sollen frühzeitig Hilfe und Unterstützung in Familien mit Säuglingen und Kleinkindern anbieten, um Überforderung oder Vernachlässigung zu verhindern. Dazu kommen die Meldungen aus dem Zentrum für Kindervorsorge in Homburg. Die Anzahl der Meldungen über die fehlende Versorgung von Kindern lag in 2019 bei 3115. In 2020 dürfte die gleiche Anzahl ankommen. Aus diesen Meldungen ergaben sich in 2019 790 Hausbesuche und daraus folgend 519 endgültige Gefährdungsmeldungen an das Jugendamt. In 2020 dürften die Zahlen ähnlich liegen. Auch in den Gemeinwesenprojekten des Regionalverbandes werden medizinische Elternberatungen durchgeführt. Hier lag die Anzahl in 2019 bei 301. In 2020 wird dies wegen Corona anders sein. Die Anzahl der Hausbesuche als aufsuchende Hilfe des Gesundheitsamtes lag in 2019 bei 261. Daraus ergaben sich in 2019 214 dauerhafte Betreuungen gemeinsam mit dem Jugendamt. Auch hier ist die Anzahl für 2020 noch offen.

Auch bei der „**Betreuungsbehörde**“ steigt die Zahl der Anfragen durch das Betreuungsgericht beständig an. So gab es in 2019, 2131 Fallanfragen zur Überprüfung. Das waren rd. 200 mehr als in 2018. Für 2020 sind die Zahlen noch offen. Das zeigt aber,

dass die Zahl der Menschen, die ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr besorgen können, stetig steigt.

Neben den ärztlichen und medizinischen Dienstleistungen, nehmen die **Seniorenberatungen** durch den Sozialpsychiatrischen Dienst und die Pflegestützpunkte großen Raum ein. So liegen die jährlichen Beratungszahlen durchschnittlich bei rd. 1800. Darüber hinaus werden in den Städten und Gemeinden des Regionalverbandes Dienste der Prävention und Förderung der Teilhabe älterer Menschen sowie Begegnungsstätten gefördert. Dazu kommen quartiersbezogene Alltagshilfen und besondere Angebote zur Unterstützung im Alltag. Diese Projekte werden nicht nur finanziell gefördert, sondern auch gemeinsam entwickelt und begleitet. Da der Bereich „Alter“ immer umfangreicher und gesellschaftspolitisch wichtiger wird, sind hier zukünftig neue und weitere Projekte zu entwickeln. Das wird sich dann im Haushalt und Stellenplan widerspiegeln. Sehr umfangreich ist auch die Förderung im Suchtbereich (z.B. Drogenhilfezentrum SB).

Und dann kam **Corona** und stellte das Gesundheitsamt auf den Kopf. Tests, Quarantäne, Kontaktpersonenverfolgung, Verfügungen! Aber die medizinische Leitung des Gesundheitsamtes und die Leitungsebene des Regionalverbandes arbeiteten schnell, flexibel und zielorientiert zusammen. Zeitweise waren 67 Personen aus allen Bereichen des Gesundheitsamtes, 47 fachdienstexterne und 11 regionalverbandsexterne Personen >125 fremde Arbeitskräfte< mit der Pandemiebekämpfung betraut. Die Öffentlichkeit wurde und wird täglich über die aktuelle Infektionsentwicklung informiert. Eine Mammutaufgabe, die mit Bravur gelöst wurde. Aber die Aufgabenstellung besteht fort und muss jetzt vor allem planerisch angegangen werden. Hierzu hat der Bund seine Unterstützung schon zugesagt. Den Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes können wir nur die höchste Achtung aussprechen. Die SPD-Fraktion wird sich hier entsprechend engagieren.

Anmerkungen zum Bereich Saarland Heilstätten GmbH:

Die SHG ist der größte kommunale saarländische Krankenhausträger. Der Regionalverband ist mit 40,46% an der SHG beteiligt. Die SHG-Gruppe beschäftigt über 5.000 Mitarbeiter/innen.

Der Regionalverband ist im Aufsichtsrat der SHG mit drei Mitgliedern vertreten, u.a. mit Peter Gillo und Volker Schmidt.

Mittlerweile schreiben über die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland rote Zahlen, die Überlastung des Personals ist Realität im Klinikalltag. Die Kliniken leiden darunter, dass der Bund die Einnahmen gedeckelt hat, die realen Betriebskosten aber immer weiter steigen. Auch das Land, das die Investitionskosten an Krankenhäusern zu tragen hat, kommt dieser Aufgabe nicht in vollem Umfang nach.

Die Krankenhäuser benötigen mehr Geld, insbesondere auch deshalb, weil mehr Personal (wie von vielen Seiten gefordert) nur mit mehr Einnahmen finanziert werden kann.

In Folge der Corona-Pandemie wurden die Krankenhäuser verpflichtet, einen Teil der Betten freizuhalten. Im Krankenhaus Völklingen z.B. wurde darüber hinaus eine spezielle Intensivstation für Corona-Infizierte vorgehalten.

Für die freigehaltenen Plätze gab es eine finanzielle Entschädigung, die aber in den meisten Häusern die Einnahmeverluste nicht komplett abgedeckt hat.

Ungeachtet der Corona-Auswirkungen wird die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser, wie schon erwähnt, immer angespannter. Die beiden SHG-Häuser im Regionalverband Saarbrücken schreiben aber noch „schwarze“ Zahlen.

*Anmerkungen zum Bereich **Schulen**:*

Zusammenstellung der Aktivitäten für den Bereich des Bau- und Schulausschusses des RV Saarbrücken (Stand: September 2020)

❖ **Schulen**

Der Regionalverband Saarbrücken (RV) ist Träger von 30 allgemeinbildenden Schulen (17 Gemeinschaftsschulen und 13 Gymnasien), 8 Berufsbildungszentren (37 berufliche Schulen: 10 Berufsschulen, 12 Berufsfachschulen, 4 Fachschulen, 11 Fachoberschulen sowie 2 berufliche Oberstufengymnasien in Saarbrücken und Völklingen) und 8 Förderschulen (4 Schulen für Lernen und 4 Schulen für geistige Entwicklung) an insgesamt 48 Standorten. Der RV ist Träger von zur Zeit 4 gebundenen Ganztagschulen mit insgesamt 66 Klassen. Für den aktuellen Haushalt 2020 sind Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 22 Mio. Euro vorgesehen.

Für die laufende bauliche Unterhaltung (Sanierungs- und Umbaumaßnahmen) der bestehenden Gebäude mit Nebenanlagen wendet der RV im Jahr 2020 rund 8,9 Mio. Euro auf. Außerdem sind nachfolgend aufgeführte Neuinvestitionen im Bau bzw. fertig gestellt:

- Inbetriebnahme des Oberstufengebäudes der Völklinger Gemeinschaftsschulen mit Zentralmensa ab April 2021.
- Erweiterungsbau der FTGS Riegelsberg mit Ausgabeküche und Speiseraum in Kooperation mit der Gemeinde Riegelsberg (Fertigstellung im Herbst 2020).
- Errichtung eines Erweiterungsbauwerks für den Bereich Arbeitslehre an der Gemeinschaftsschule Güdingen (Fertigstellung 2020).
- Umbau des Bestandsgebäudes der Gemeinschaftsschule Quierschied zur 3-zügigen gebundenen Ganztagschule mit Erweiterungsbau und Neubau einer Sporthalle in Kooperation mit der Gemeinde Quierschied.
- Umbauten im Erdgeschoss des Gymnasiums am Rotenbühl mit Ausbau der Cafeteria und Neugestaltung der Außenanlagen.
- Einrichtung einer Förderschule für geistige Entwicklung in Emmersweiler sowie Erweiterungsbau an der Graf-Ludwig-Gesamtschule in Ludweiler.
- Reorganisation des kompletten Standortes des BBZ Völklingen (Marie-Curie-Schule) mit Sanierungsmaßnahmen und einem Teilersatzneubau. Nach der Vorplanung der Architektur auf der Grundlage eines europaweiten Vergabeverfahrens ist der Baubeginn für 2021 geplant.

- Bautechnische und organisatorische Vorbereitungen für die Anerkannte Europäische Schule Saarbrücken mit geplantem Endstandort Dudweiler (ehemaliges Gymnasium Dudweiler, jetzt LPM).
- Planungen zum Bau einer Kita und Grundschule durch die Landeshauptstadt Saarbrücken sowie Neubau einer 3-zügigen Gemeinschaftsschule als GGTS zur Entlastung der Rastbachtalschule durch den RV in Saarbrücken West (Burbach-Füllengarten).

❖ **IMZ**

Das Informations- und Medienzentrum des RV (IMZ) ist personell und technisch verstärkt worden und hat seinen Sitz nun im Gewerbezentrum in Saarbrücken-Burbach. Das Aufgabenspektrum gliedert sich in zwei Teilbereiche:

- „EDV an Schulen“: das IMZ ist für die Schulen in Trägerschaft des RV zuständig für die Planung, Beschaffung, Installation und Wartung der IT Hard- und Software. Außerdem werden die Telefonanlagen, Telefon- und Internetanschlüsse sowie die Kopiergeräte verwaltet und betreut.
- „Geräteausleihe“: Das IMZ hält für die Zielgruppen Veranstaltungstechnik vor (Ausleihe, um Veranstaltungen und Projekte durchzuführen).

An Auszahlungen im Rahmen des „Digitalpakt Schulen“ für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und die Umsetzung von Baumaßnahmen sind für das Jahr 2020 rund 3,5 Mio. Euro vorgesehen. Das Projekt läuft seit 2017 mit der langfristigen Zielsetzung, die Schüler und Lehrer von der Bindung an den Standort Schule zu lösen und ein mobiles Arbeiten auch von außerhalb der Schule zu ermöglichen. Im Rahmen des Programms „Gigabitpakt Schulen“ sollen alle Schulstandorte des RV an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

❖ **Schulbuchausleihe**

Zur finanziellen Entlastung der Eltern wurde im Schuljahr 2009/2010 im Saarland eine entgeltliche Schulbuchausleihe eingeführt. Zur Organisation hat der RV Schulbuchkoordinator/innen eingestellt, die sich an den einzelnen Standorten um alle Angelegenheiten der Ausleihe kümmern. Im Schuljahr 2019/2020 nahmen 17.002 Schüler/innen an der Schulbuchausleihe teil (Vorjahr: 17.709 Schüler/innen).

❖ **Verkehrserziehung**

Der RV nimmt als Träger die Aufgaben einer mobilen Jugendverkehrsschule wahr. Sie dient der Verkehrserziehung der Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich sowie im Bereich der Förderschulen im Regionalverbandsgebiet.

❖ **Photovoltaikanlagen**

Bei allen Schulneu- und Erweiterungsbauten sowie anstehenden Dachsanierungen wird die Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikdachanlage technisch und wirtschaftlich geprüft und bei positivem Prüfungsergebnis realisiert.

❖ **vhs des Regionalverbandes**

Der Regionalverband nimmt für acht seiner zehn Kommunen im Rahmen seiner Ergänzungsfunktion die Aufgaben der Volkshochschule wahr. Nur die Städte Völklingen und Sulzbach haben eigenständige Volkshochschulen, die vom Regionalverband finanziell unterstützt werden.

Die Volkshochschule des Regionalverbandes Saarbrücken ist die größte der 16 saarländischen Volkshochschulen. Sie zählt zu den größten vhs in Deutschland. Als eine

der größten Anbieter in Sachen Weiterbildung im Südwesten hat sie eine erhebliche regionale und überregionale Bedeutung.

Zur vhs Regionalverband gehören folgende Einrichtungen: Neben der Zentrale in der Saarbrücker Innenstadt gibt es noch die Stadtteil-Volkshochschulen Altenkessel/Klarenthal/Gersweiler, Halberg und Dudweiler sowie die örtlichen Volkshochschulen in den Regional-verbandsstädten und -gemeinden Friedrichsthal, Großrosseln, Heusweiler, Kleinblittersdorf, Püttlingen, Riegelsberg und Quierschied.

Ihr Angebot von jährlich durchschnittlich 3.000 Kursen, Seminaren, Vorträgen, Exkursionen und Studienfahrten nehmen rund 38.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war. Etwa 600 Dozentinnen und Dozenten sind im Auftrag der vhs Regionalverband tätig.

Die vhs bietet ein breit gefächertes weltanschaulich und parteipolitisch neutrales Angebot zur allgemeinen politischen und kulturellen Bildung für alle Teile der Bevölkerung.

In den letzten Jahren hat sich die vhs Regionalverband Saarbrücken unter der neuen Direktorin Dr. Carolin Lehberger sehr positiv weiterentwickelt. So haben sich gerade in dieser Zeit einige Schwerpunkte herausgebildet:

- Politische Bildung und bürgerschaftliches Engagement
- Schaffung eines neuen, breit aufgestellten Themenbereichs Natur, Umwelt, Nachhaltigkeit
- Angebotsentwicklung für die jüngere Zielgruppe, „junge vhs“
- Deutsch ab 3 und Kurse „Mama lernt Deutsch“
- Grundbildung und Alphabetisierung, Hauptschulabschlusskurs
- Berufliche Weiterbildung gerade im Hinblick auf die Digitalisierung
- Gesundheitsbildung, insb. Prävention und Ernährung
- Kultur- und Kunstgeschichte, praktische und innovative Kreativangebote
- Ausbau der Örtlichen Volkshochschulen und vhs-Außenstellen
- Weiterentwicklung von Online-Lernangeboten

Für Rückfragen stehen wir euch gerne jederzeit zur Verfügung.

Eure SPD-Fraktion im Regionalverband Saarbrücken

Schlossplatz 1-15

66119 Saarbrücken

Tel.: 0681 / 5068600

Fax: 0681 / 5068699

E-Mail: mail@spd-regionalverband.de

Saarbrücken, den 23.09.2020